

VORBILD DEUTSCHLAND?

Die Diskussionen über die Energiewende und die dazu erforderlichen Anpassungen in Deutschland bei den gesetzlichen Rahmenbedingungen, ökonomischen Anreizen und der technischen Infrastruktur werden in der VR China sehr genau beobachtet. Zwar bestehen Zweifel, ob die ambitionierten Einsparungsziele und der geplante Energiemix im geplanten Zeitrahmen realisiert werden kann. Gleichzeitig erhofft man sich aber aus den Erfahrungen aus Deutschland wichtige Impulse für die eigene zukünftige Energiepolitik. Die Bundesrepublik Deutschland und die VR China arbeiten schon jetzt im Rahmen der bilateralen

Zusammenarbeit eng auf den Gebieten des Klimaschutzes und der regenerativen Energie zusammen. Gleichwohl geht das Land auch für die nächsten Jahrzehnte davon aus, dass fossile Energieträger (insbesondere auch Kohle) und ein steigender Anteil von Atomkraft die Basis der eigenen Energieversorgung bilden werden. Hier besteht ein fundamentaler konzeptioneller Unterschied zur deutschen/europäischen Energie- und Klimapolitik.

INDIEN

Lars Peter Schmidt | Mareen Haring

Indien als schnell wachsende und aufstrebende Wirtschaftsmacht mit rund 1,2 Milliarden Einwohnern¹ wird in den kommenden Jahren und Jahrzehnten besonders drastischen ökologischen Auswirkungen als Folge von industriell bedingter Verschmutzung und landesübergreifendem Klimawandel entgegensehen müssen. Millionen Inder mussten in den letzten Jahren starke Schwankungen bei Niederschlag, Temperatur und vermehrte Naturkatastrophen hinnehmen. Weitaus mehr als die Hälfte der indischen Bevölkerung, rund 800 Millionen Menschen, arbeiten in der Landwirtschaft und sind somit primär von der Natur und stabilen klimatischen Verhältnissen abhängig. Zwar haben die indische Regierung, Nichtregierungsorganisationen sowie Vertreter der Wissenschaft in den letzten Jahren konzentrierte Anstrengungen unternommen, um Szenarien darüber zu entwickeln, inwiefern und in welchen Regionen und Sektoren Indien anfällig für Klimaveränderungen ist und wie auf diese Herausforderungen reagiert werden sollte. Verschiedene Eckpfeiler wie der National Action Plan of Climate Change (NAPCC), der State Level Action Plan on Climate Change (SAPCC), der REDD+-Prozess und die Expert Group on Low Carbon Strategy for Inclusive Growth sollen Indien vor dem klimatischen Super-GAU bewahren. Diese Anstrengungen treffen auf oberster Ebene jedoch nur auf wenig Umsetzungswillen. Zwar bedingten unzählige Reformen in den vergangenen Jahrzehnten die Transformation von Indiens vorrangig staatseigenem Energiesektor zu einem marktorientierten System mit

Spielraum für öffentliche und private Unternehmen. Jedoch behindern gerade die politische Komplexität und die langjährige Tendenz zu einer sozialistischen Wirtschaft sowie die von der neuen Regierung deutlich gemachte Priorität des Energieprogramms als nationales Prestigeobjekt die vollständige Liberalisierung des indischen Energiesektors, was zu suboptimalen Ergebnissen führt.

In der Regierungszeit von Manmohan Singh als Premierminister stand Entwicklungs- und Wirtschaftspolitik für die indische Regierung im Vordergrund. Seit den Parlamentswahlen im Mai 2014 und dem folgenden fulminanten Machtwechsel zugunsten von Narendra Modi und der Bharatiya Janata Party (BJP) bleibt abzuwarten, wie die neugebildete Regierung die nationalen Probleme wie fehlende Infrastruktur vor allem in ländlichen Bereichen, vermehrten Energiebedarf durch eine wachsende Mittelschicht und die Konsequenzen aus der Umweltverschmutzung angehen will. Laut Parteimanifest werden die Entwicklung der Energie-Infrastruktur und der Human Resources sowie neuere Technologien eine zentrale Rolle beim indischen Nuklearprogramm spielen. Laut BJP sind die Energieeffizienz und die Konservierung wichtige Punkte der Energiesicherheit. Deshalb sollen Schritte unternommen werden, um die Potenziale von Öl, Gas, Hydropower, Windenergie, Kohle und Kernenergie zu maximieren.² Es sollen klima- und umweltbezogene Programme in das Paradigma der nationalen Entwicklung integriert werden, jedoch wird Indien weiterhin daran arbeiten, den Status des

1 | Republik Indien, Ministry of Home Affairs, <http://www.censusindia.gov.in> [31.07.2014].

2 | „Election Manifesto 2014“, <http://bjpelectionmanifesto.com/pdf/manifesto2014.pdf> [31.07.2014].



Windfarm bei Tirunelveli im südindischen Bundesstaat Tamil Nadu.

Schwellenlands abzulegen. Um die Wirtschaftsleistung zu steigern, wird ausreichend Energie benötigt. Auch die schnell wachsende Mittelschicht bedarf durch den neugewonnenen Status mehr Energie und trägt zur Umweltverschmutzung durch Konsum bei. Während es Aufgabe der indischen Bevölkerung und Unternehmen ist, den wachsenden Energiebedarf im Kontext des Klimawandels zu kontrollieren, muss die Regierung den Zugang zu Energie sowie die Energiestabilität und Effizienz der Energieversorgung verbessern und gleichzeitig die Kohlenstoffemissionen so niedrig wie möglich halten. 2011 bestand der indische Energiemix aus 57 Prozent Kohle, 19 Prozent Hydropower, zwölf Prozent Biomasse und anderen erneuerbaren Energien, neun Prozent Gas, zwei Prozent Kernenergie und ein Prozent Diesel.³ Um die kontroversen Ziele zu erreichen, müssen vermehrt erneuerbare Energien in den Energiemix und andere saubere Energien aufgenommen werden.

Indien trat 2013 auf Einladung des damaligen Bundesumweltministers Peter Altmaier dem „Club der Energiewendestaaten“ bei – zusammen mit Deutschland, Frankreich, Großbritannien, Dänemark, Marokko, Südafrika, China, Tonga und den Vereinigten Arabischen Emiraten. Gemeinsames Ziel dieses politischen Zusammenschlusses ist es, den Ausbau der erneuerbaren Energien weltweit voranzutreiben. Die Mitglieder wollen das Thema erneuerbare Energien in Zukunft gemeinsam auf die politische Agenda setzen.

Trotz des Vorfalls in Fukushima werden Sicherheitspolitik und Klimapolitik von der indischen Regierung weiterhin überwiegend getrennt voneinander betrachtet – durch neue Kernkraftwerk-Projekte sollen bis 2050 25 Prozent der Elektrizität aus Kernkraftwerken stammen.⁴

3 | U.S. Energy Information Administration, „India. Overview“, 26.06.2014, <http://eia.gov/countries/cab.cfm?fips=in> [31.07.2014].

4 | World Nuclear Association, „Nuclear Power in India“, 30.07.2014, <http://world-nuclear.org/info/Country-Profiles/Countries-G-N/India> [31.07.2014].

In der Klimapolitik werden Sicherheitsgefahren, die durch den Klimawandel verursacht werden, zwar wahrgenommen, diese bilden jedoch kein vorrangiges Thema im Bereich der Sicherheitspolitik. U. a., um den für das Land und für die Energiesicherheit wichtigen Import von Ressourcen nicht zu gefährden, bleibt Indien bei außenpolitischen Konflikten zurückhaltend. Bei der derzeitigen Krim-Krise schlägt sich Indien auf die Seite Russlands: „There are legitimate Russian and other interests involved and we hope they are discussed and resolved.“⁵ Eine mögliche Erklärung für dieses Statement könnten die indisch-russischen Kooperationen im Energiebereich sein.

MEDIALE UND ÖFFENTLICHE WAHRNEHMUNG

Medienberichterstattung zu Umwelt und Klimawandel in Indien

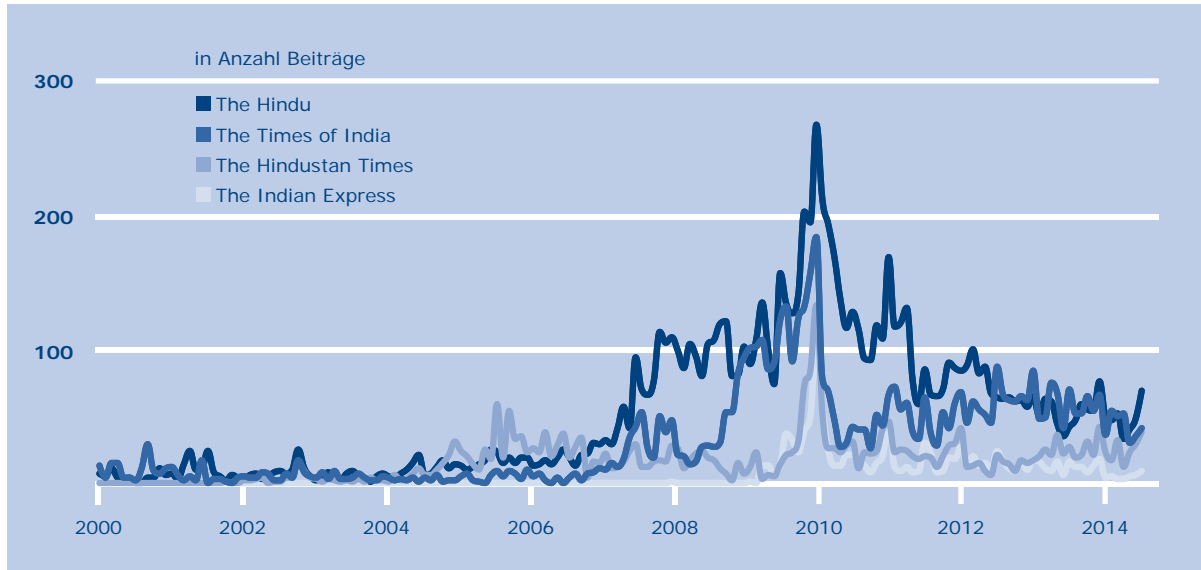
Die mediale Wahrnehmung in Indien zum Thema Klimawandel steigt zunehmend, seitdem das Thema zu einem Anliegen auf der Agenda der nationalen und internationalen Politik aufgestiegen ist. Selbst nationale Tageszeitungen und verschiedene Magazine berichten – teils auch sehr kritisch – über Indiens Strategien auf nationalem und internationalem Parkett und regen damit die Bevölkerung zu Debatten und kontroverserem Denken an. Laut einer Studie der Yale University folgen 69 Prozent der indischen Bevölkerung den Debatten zu Klimawandel und Umweltproblemen mindestens sporadisch. Dabei haben die Medien eine große Verantwortung. Mehr als zwei Drittel der Bevölkerung haben ein hohes Vertrauen in Medienausagen – nur Expertenmeinungen sind laut Auffassung vieler Inder noch verlässlicher.⁶

Berichterstattung zu Klimawandel und Umweltproblemen erfolgt laut einer Studie des Centre for Science and Technology Policy Research (CSTPR) vor allem vor, während und nach einer der VN-Klimakonferenzen, besonders der COP15 in Kopenhagen in 2009, oder bei extremen lokalen Wetterbedingungen.⁷

5 | Vgl. „Putin thanks India for its stand on Ukraine“, *The Hindu*, 18.03.2014, <http://thehindu.com/news/international/world/putin-thanks-india-for-its-stand-on-ukraine/article5800989.ece> [31.07.2014].

6 | Anthony Leiserowitz und Jagadish Thaker, „Climate Change in the Indian Mind“, Yale Project on Climate Change Communication, <http://environment.yale.edu/climate-communication/files/Climate-Change-Indian-Mind.pdf> [31.07.2014].

7 | Vgl. Maxwell T. Boykoff und Ami Nacu-Schmidt, Cooperative Institute for Research in Environmental Sciences (CIRES), Center for Science and Technology Policy Research (CSTPR), University of Colorado, 2013.

ABB. 1: BERICHTERSTATTUNG ÜBER DEN KLIMAWANDEL GROSSER INDISCHER ZEITUNGEN


Quelle: L. Gifford et al., „World Newspaper Coverage of Climate Change or Global Warming, 2004-2014“, Center for Science and Technology Policy Research, Cooperative Institute for Research in Environmental Sciences (CIRES), University of Colorado, 2014, in: International Collective on Environment, Culture & Politics, http://sciencepolicy.colorado.edu/icecaps/research/media_coverage/india [28.07.2014].

Medien und Politik

In den Medien wird eine klare Verbindung zwischen Umwelt und den Themen Wachstum, Handel und Außenpolitik gezogen. Gerade die internationale Klimadebatte und die letzten VN-Klimakonferenzen wurden in indischen Medien intensiv behandelt und der Standpunkt, keine verbindlichen Ziele eingehen zu wollen, vehement unterstrichen. Die indischen Medien spiegelten die Positionierung ihres Landes zu einem Großteil wider, die besagt, dass die historische Verantwortung die Grundlage für die Bestimmung der Verantwortung jedes einzelnen Landes für das globale Klimaregime sein sollte. Den meisten indischen Medienberichten liegt das Prinzip der gemeinsamen, aber differenzierten Verantwortung über den Klimawandel zugrunde. Entwicklungsländer, so die Medien, sollten keine verbindlichen Zusagen abgeben müssen, da ihre historischen Emissionen im Vergleich zur entwickelten Welt geringfügig seien. Derartige Verpflichtungen würden zudem das Wirtschaftswachstum behindern. In Anbetracht der vorrangigen Anstrengungen, die Grundbedürfnisse der Bevölkerungen zu befriedigen, sehen die indischen Medien derartige Schritte deshalb ausgesprochen skeptisch. Der große Konflikt in der Klimapolitik verläuft zwischen Industrie- und Entwicklungsländern, wobei sich Indien mit der Seite der Entwicklungsländer solidarisiert hat und die Positionen der Entwicklungsländer und der Industrienationen als unvereinbar gelten.

Lokale Umweltprobleme

Doch nicht nur internationale Verhandlungen wecken das Interesse der Medien – vermehrt, wenn auch nicht übermäßig, werden lokale und regionale Umweltprobleme behandelt. Der Trend zur Berichterstattung über umweltschädliche Lokal-Projekte wie Bergbau in grundwasserabhängigen Gebieten bringen die lokalen Probleme auf eine nationale Plattform und erregen bundesstaatsübergreifend kurzfristig Aufmerksamkeit. Trotz der vermehrten Berichterstattung werden lokale Themen zu Umweltproblemen und Klimawandel in den Medien schnell wieder fallengelassen, und nur selten wird das Problem von der politischen Ebene aufgegriffen. Indische Medien haben hier einen Auftrag – durch gezielte Berichterstattung zu klimarelevanten, lokalen Problemen wird das Interesse der betroffenen Gemeinschaft geweckt und durch Persistenz wird das Thema zuerst auf die lokale politische Ebene gehoben, anschließend auf die nationale. So können die Medien ihren Beitrag zu einer nachhaltigen Umweltpolitik leisten.